

Stadt Einbeck

DIE BÜRGERMEISTERIN

Beschlussvorlage

Nr.: 2019/2949

Status: öffentlich

Federführend:
Bürgermeisterin

Datum: 30.08.2019

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Resolution "Hilfe für Bootsflüchtlinge - für eine humanitäre und menschenwürdige Behandlung von Schutzsuchenden in Seenot"

vorgesehene Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Zuständigkeit
04.09.2019	Rat der Stadt Einbeck	Entscheidung

Sachverhalt:

Mit Email vom 29.08.2019 beantragen die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Aufnahme des beigefügten Dringlichkeitsantrages auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 04.08.2019 gem. § 6 der Geschäftsordnung. Die Begründung der Dringlichkeit erfolgt in der Ratssitzung.

Auswirkungen auf den Haushalt/auf die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung:

Beschlussvorschlag:

Anlage(n):

Ja

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von Bündnis 90 / Die Grünen und SPD im Rat der Stadt Einbeck

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen: Resolution "Hilfe für Bootsflüchtlinge - für eine humanitäre und menschenwürdige Behandlung von Schutzsuchenden in Seenot" für die Ratssitzung am 04.09.2019

Sachverhalt:

Die Seenotrettung im Mittelmeer ist unverändert ein ernstes Thema der europäischen Politik. Im Jahr 2018 sind mindestens 2.275 Menschen bei dem Versuch ertrunken, auf dem Wasserweg Europa zu erreichen. Im Jahr 2019 starben bis zum 25. Juni insgesamt 597 Menschen auf dem Weg über das Mittelmeer - unter anderem als unmittelbare Folge der Behinderung und Kriminalisierung von privaten Initiativen zur Seenotrettung. Tausende sterben auf dem gefährlichen Weg durch die Wüste - oft unbemerkt von der Öffentlichkeit. Diese Situation kann nicht hingenommen werden - und ist auch mit den humanitären Grundsätzen der EU unvereinbar.

Deshalb wird es begrüßt, dass in den vergangenen Monaten zumindest in Akutfällen Wege gefunden werden konnten, um Schiffe in Häfen anlanden zu lassen und die darauf ankommenden Flüchtlinge in Staaten der EU zu verteilen. Diese Vorgehensweise darf aber nicht allein die gängige Praxis bleiben, sondern die europäischen Staaten müssen - wie von der Bundesregierung unterstützt - zu einem geregelten System der Verteilung von Seenotflüchtlingen kommen.

Wenn die Regierungen in Europa versagen, dann liegt es an den Städten zu handeln: Barcelona, Palermo, Bonn, Düsseldorf, Köln, Darmstadt, Kassel, Marburg, Holzmin-den, Hildesheim, Hannover Braunschweig und 52 weitere Städte in Deutschland sind schon mit gutem Beispiel vorangegangen. Sie haben ihre Städte zu sicheren Häfen erklärt.

Dem sollte sich die Stadt Einbeck anschließen, um ein für die Bevölkerung sichtbares Zeichen für Humanität und Mitmenschlichkeit zu setzen. Auch die Stadt Einbeck soll hierbei ihren - im Vergleich zum Gesamtproblem kleinen, aber gleichwohl wichtigen - Teil leisten.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Einbeck fasst vor diesem Hintergrund die folgende Resolution:

1. Der Rat der Stadt Einbeck setzt sich für eine Flüchtlingspolitik ein, die von Humanität, Menschenwürde und dem Recht auf körperliche Unversehrtheit gekennzeichnet ist. Es ist verantwortungslos und inakzeptabel, dem Tod zahlloser Menschen auf dem Mittelmeer zuzuschauen und so faktisch Abschreckung als ein zulässiges Mittel von Politik zuzulassen.

2. Daher ist es geboten, eine Aufnahme von aus Seenot geretteten Menschen in den Staaten der Europäischen Union zu ermöglichen, damit ihr Antrag auf Asyl in einem rechtsstaatlichen Verfahren geprüft und darüber entschieden werden kann. Dafür ist ein Verteilmechanismus notwendig, der von vielen europäischen Ländern akzeptiert und angewandt wird. Die Anstrengungen der Bundesregierung auf diesem Weg werden ausdrücklich begrüßt.

3. Die Stadt Einbeck hat sich bereits bislang davon leiten lassen, Flüchtlinge angemessen und menschenwürdig aufzunehmen, ihnen Unterkunft zu gewähren und sie zu betreuen - in gutem Zusammenwirken mit dem vorhandenen Netzwerk von haupt- und ehrenamtlichen Aktiven und Institutionen. Die Stadt Einbeck ist auch weiterhin bereit, in dieser Weise ihren Teil zu einer verantwortungsvollen Flüchtlingspolitik zu leisten und Seenot- und andere Flüchtlinge, die vom Land Niedersachsen innerhalb festgesetzter Kontingente zugewiesen werden, unterzubringen und ihnen Betreuung und Beratung zukommen zu lassen.

gez.
Rolf Hojnatzki
Fraktionsvorsitzender

gez.
Dietmar Bartels
Fraktionsvorsitzender